

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Mittwoch, 25. September 2002
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
541/2002**

- 3. Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales -
öffentlicher Teil-**

- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
542/2002**

- 5. Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von**

Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 "Jugend und Soziales" in der Stadt Bergisch Gladbach
550/2002

6. **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen/ Senioren**
551/2002
7. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2001
- Wohnungsbauprogramm 2002
543/2002
8. **Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Aufgrund der Vielzahl der Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Herr Hoffstadt eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:14 Uhr.

sdfj

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 27.06.2002 liegt noch nicht vor. Die Genehmigung muss daher in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 erfolgen.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich führt aus, dass eine Übereinkunft mit den umliegenden Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises getroffen wurde, die Mitfinanzierung der Verbraucherzentrale zu übernehmen. Nach seinen Informationen haben alle Kommunen, bis auf die Gemeinde Odenthal, zwischenzeitlich die darauf gerichteten Gremiumsbeschlüsse gefasst.

Das Thema steht ebenfalls auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, die am 10.10.2002 stattfinden wird.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales - öffentlicher Teil-

4 **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Herr Hastrich verweist auf die Mitteilungsvorlage.

5 **Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 "Jugend und Soziales" in der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Hoffstadt weist eingangs darauf hin, dass die Beschlussvorlage die endgültig zwischen Verwaltung und freien Trägern abgestimmte Fassung der Rahmenrichtlinien enthält.

Frau Schu fragt nach, warum eine Behandlung der Rahmenrichtlinien im Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgesehen ist, obwohl keine konkreten Zahlen in der Beschlussvorlage genannt sind.

Herr Kotulla führt aus, dass es sich um eine Vorlage handelt, die finanzielle Auswirkungen haben wird. Es gilt, sie in den nächsten Sitzungen zu konkretisieren. Um Gesamtzusammenhänge erkennen zu können, ist es wichtig, nicht nur die späteren Vorlagen zu erhalten, die Aufschluss über finanzielle Dimensionen geben, sondern bereits die Rahmenbedingungen, die ihnen zugrunde liegen.

Herr Hastrich führt aus, dass die Rahmenrichtlinien ähnlich wie das Ortsrecht zu betrachten sind. Ihre finanziellen Auswirkungen werden beträchtlich sein.

Herr Köchling fragt nach, ob die bisherigen Vereinbarungen in Kraft bleiben, falls bis zum 01.01.2003 keine Vereinbarungen nach dem neuen Modell geschlossen sind. Er betont, dass die freien Träger auch die Möglichkeit haben müssen, die neuen Vereinbarungen umzusetzen. Dies müsse seiner Meinung nach in Übergangsvorschriften geregelt werden.

Herr Hoffstadt hält es für wichtig, dass die freien Träger insbesondere im Hinblick auf die personelle Ausstattung mit den Vereinbarungen auch zurecht kommen.

Herr Hastrich räumt ein, dass der ambitionierte Zeitplan, den die Verwaltung im Frühjahr vorgestellt hat, nicht eingehalten werden konnte. Die Abstimmung der Rahmenrichtlinien mit den freien Trägern hatte einen größeren zeitlichen Umfang eingenommen, als ursprünglich veranschlagt. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 kündigt Herr Hastrich eine Beschlussvorlage an, die, differenziert nach Aufgabenfeldern, Übergangslösungen vorsehen wird. Er betont, dass der Übergang zu den neuen Vereinbarungen den freien Trägern und den Einrichtungen sorgfältig und gezielt vorgestellt werden muss. Dies gebietet der faire Umgang miteinander.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

jllkhkk

1. **Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) empfiehlt dem Rat, die Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 „Jugend und Soziales“ in der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung vom 29.08.2002 zu beschließen und in Kraft zu setzen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, für die letzte Sitzung des Ausschusses im Jahr 2003 einen Erfahrungsbericht unter Einbeziehung des Votums der freien Träger vorzulegen. Mit dem Bericht zusammen sollen gegebenenfalls Empfehlungen zur Änderung der Rahmenrichtlinien vorgelegt werden.**

6 Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen/ Senioren

Frau Schu stellt fest, dass sich finanzielle Auswirkungen ergeben werden, wenn die Zielvereinbarungen in der vorgeschlagenen Weise beschlossen werden. Sie fragt nach, welche Auswirkungen Kürzungen im Landeshaushalt für diesen Bereich haben könnten.

Herr Hastrich antwortet, dass Kürzungen im Landeshaushalt keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Aufgabenfeld der Altenhilfe hat.

Frau Schöttler-Fuchs teilt mit, dass ihr die vorgestellten Ansätze nicht innovativ genug sind. Sie wünscht sich mehr Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt und die Umsetzung sozialraumübergreifender Ansätze. Als Beispiele nennt sie: Eröffnung einer Krabbelgruppe im Seniorenzentrum; Senioren erhalten das Angebot, ihr Mittagessen gemeinsam mit den Kindern der benachbarten Kindertagesstätte in deren Einrichtung einzunehmen.

Herr Hastrich erläutert, dass es sich um eine erste Beschlussvorlage der Verwaltung handelt. Es ist beabsichtigt, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Beratungsprozesse begleiten soll, von der Richtung, in die die Verwaltung gehen will, Kenntnis nimmt und ihr das Signal gibt, den skizzierten Weg weiter beschreiten zu können. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschusses) am 21.11.2002 ist die Vorlage einer überarbeiteten Zielvereinbarung vorgesehen. Bis zur genannten Sitzung wird die vorgelegte Zielvereinbarung mit dem Seniorenbeirat und den im Feld *Altenhilfe* tätigen freien Trägern erörtert. Die Ergebnisse werden in die überarbeitete Fassung einfließen.

In Gesprächen mit den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten wurde nach Ansicht von Herrn Hastrich die Bereitschaft erkennbar, gemeinsam mit der Stadt nach Möglichkeiten suchen zu wollen, auch künftig mit geringeren finanziellen Mitteln seniorengerechte Angebote unterbreiten zu können.

Herr Kölschbach berichtet, dass sich der Seniorenbeirat eingehend mit der vorgelegten Zielvereinbarung befasst hat. Als gravierendstes Problem hat er dabei die Finanzierungsfrage herausgearbeitet. Herr Kölschbach fragt, welche Auswirkungen es hat, wenn die Stadt Bergisch Gladbach gezwungen ist, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen: Wird dann die Seniorenarbeit als freiwillige Leistung gestrichen? Er bittet den Stadtkämmerer um Auskunft, wie in diesem Fall vorgegangen wird.

Herr Kotulla stellt dar, dass eine Kommune, die ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen hat, nachweisen muss, wie sie innerhalb von fünf Jahren einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen will. Er bestätigt, dass die Kürzung freiwilliger Leistungen hierbei eine zu ergreifende Maßnahme darstellt. Als Stadtkämmerer setzt er mit auf die künftige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kommunen, etwa der verbesserten Teilhabe am Steueraufkommen und der Anpassung von Landeszuweisungen. Sie sind unverzichtbar dafür, dass Kommunen einen sozialen Kahlschlag vermeiden können. Deshalb müssen die finanziellen Aussagen der Zielvereinbarungen unter den Haushaltsvorbehalt gestellt werden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

jllkhkk

Die Verwaltung wird beauftragt

1. den vorliegenden Entwurf entsprechend den Diskussionsbeiträgen und Empfehlungen der heutigen Sitzung weiterzuentwickeln,
2. den Seniorenbeirat zur Zielvereinbarung anzuhören,
3. mit den im Feld „Altenhilfe“ tätigen freien Trägern die Zielvereinbarung zu erörtern und entsprechende Leistungsvereinbarungen vorzubereiten, so dass diese noch in 2002 abgeschlossen werden können,
4. die überarbeitete Zielvereinbarung zur Beschlussfassung in die November-Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses einzubringen.

7 Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2001
- Wohnungsbauprogramm 2002

Herr Hoffstadt zitiert aus der Mitteilungsvorlage, dass die Verwaltung aus Gründen fehlender zeitlicher Kapazitäten nicht in der Lage war, die zugesagte fachliche Stellungnahme zur Wohnungssituation in Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2001 und Wohnungsbauprogramm 2002 – abzugeben. Daran anknüpfend schlägt Herr Hoffstadt vor, die Mitteilungsvorlage zunächst zur Kenntnis zu nehmen und die umfassende Diskussion erst dann zu führen, wenn die zugesagte Verwaltungsvorlage eingebracht wird. Einen gleichlautenden Vorschlag kündigt er auch für die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 26.09.2002 an.

Dieses Vorgehen unterstützt Herr Schnöring. Er bittet, in der zu erwartenden Verwaltungsvorlage insbesondere zu der Aussage Stellung zu nehmen, dass Familien mit geringem Einkommen und/oder einer hohen Zahl von Familienmitgliedern sowie Angehörige von Randgruppen nach wie vor große Probleme haben, sich mit ausreichend und vor allem bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Herr Schnöring möchte weiterhin dargestellt wissen, wie sich der Ablauf der Zweckbindung bei vielen Sozialwohnungen im Jahre 2003 auswirken wird.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:36 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführerin